

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Prüfungsdauer

40 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung (inkl. Deckblatt)

11

Beilage(n)

Kalender

Maximale Punktzahl

40

Erzielte Punkte

Note

Lösungsvorschläge

Hinweise

- Schreiben Sie die Kandidatennummer auf sämtliche Blätter (Prüfung und allfällige Zusatzblätter).
- Prüfen Sie den Aufgabensatz auf seine Vollständigkeit.
- Schreiben Sie Ihre Antworten ausschliesslich auf die Vorderseiten der Antwort-/Lösungsblätter.
- Verwenden Sie bei Bedarf für Ihre Lösungen ein offizielles Zusatzblatt, welches Ihnen auf Handzeichen zur Verfügung gestellt wird.
- Die blosse Nennung eines Gesetzes- oder Verordnungsartikels reicht nicht aus (ausser dies wird ausdrücklich erlaubt).
- Die Aufgaben können in beliebiger Reihenfolge gelöst werden. Das Punktemaximum wird bei jeder Aufgabe angegeben. Teillösungen ergeben ebenfalls Punkte.
- Benutzen Sie Kugelschreiber, Filzstift oder Tinte (dokumentenecht, nicht radierbar, keine rote Farbe und kein Bleistift) zum Lösen der Prüfung.

Die Experten/innen**Datum****Unterschriften**

Experte 1

Experte 2

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 1: Politische Willensbildung (2 Punkte)

Ausgangslage

Die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz haben Mitbestimmungsrechte.

Aufgabe

Bei welchen vier Rechten findet das demokratische Prinzip auf Bundesebene seinen Niederschlag?

Lösungsvorschlag

- 1.1 Wahlen der Bundesversammlung (Nationalrat / Ständerat)
- 1.2 obligatorisches Referendum
- 1.3 fakultatives Referendum
- 1.4 Volksinitiative

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 2: Obligatorisches Referendum (4 Punkte)

Ausgangslage

Die Bundesverfassung kann geändert werden.

Aufgabe 2.1 (2 Punkte)

Wem ist eine Verfassungsänderung zwingend zur Abstimmung zu unterbreiten?

Nennen Sie die Grundlage mit Artikel, Absatz und Buchstabe.

Aufgabe 2.2 (2 Punkte)

Wann gilt eine Verfassungsvorlage als angenommen?

Nennen Sie die Grundlage mit Artikel und Absatz.

Lösungsvorschläge

2.1 Volk (1/2) und Ständen (1/2), Art. 140 Abs. 1 Bst. a BV (1)

2.2 Mehrheit der Stimmenden (Volksmehr) (1/2) und die Mehrheit der Stände (Ständemehr) (1/2)
Art. 142 Abs. 2 BV (1)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 3: Schweiz als föderalistischer Bundesstaat (4 Punkte)

Ausgangslage

Die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantone muss geregelt werden.

Aufgabe 3.1 (2 Punkte)

Was bedeutet der Begriff *Kompetenzvermutung zu Gunsten der Kantone*?

Aufgabe 3.2 (2 Punkte)

Nennen Sie die Grundlage(n) für die Kompetenz des Bundes bei der Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende (Artikel und Absatz).

Lösungsvorschläge

- 3.1 Bevor der Bund eine Staatsaufgabe übernehmen kann (1), muss er sich durch die Verfassung die entsprechende Kompetenz einräumen lassen (1).
- 3.2 Art. 59 Abs. 4 BV (1) und Art 61 Abs. 4 BV (1)

Erzielte Punkte:

--

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 4: Unterscheidung der Rechtsgrundlagen (2 Punkte)**Ausgangslage**

Die Rechtsgrundlagen werden unter anderem nach Privatrecht und öffentlichem Recht eingeteilt.

Aufgabe

Welchem Recht sind die nachfolgenden Sachverhalte zuzuteilen? Kreuzen Sie an, ob das Rechtsverhältnis privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich ist.

Privat-recht	öffentliches Recht	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die öffentliche Pensionskasse Stellaris kauft eine Liegenschaft.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die Stadt Zug bewilligt ein Bauprojekt eines Kleidergeschäfts.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Der Schüler Sven kauft am Kiosk ein Heft.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die private Versicherungsgesellschaft Accidenzia AG erlässt gestützt auf das UVG eine Verfügung.

Lösungsvorschlag

Privat-recht	öffentliches Recht	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die öffentliche Pensionskasse Stellaris kauft eine Liegenschaft.
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Die Stadt Zug bewilligt ein Bauprojekt eines Kleidergeschäfts.
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Der Schüler Sven kauft am Kiosk ein Heft.
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Die private Versicherungsgesellschaft Accidenzia AG erlässt gestützt auf das UVG eine Verfügung.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 5: Fristenwahrung (6 Punkte)**Ausgangslage**

Für die Wahrung von Fristen im Einsprache- bzw. Beschwerdeverfahren gelten strenge Formvorschriften.

Aufgabe

Bestimmen Sie bei den Aufgaben 5.1 und 5.2 mit Hilfe des beiliegenden Kalenders den letzten Tag, der für die Fristwahrung noch ausreichend ist (genaues Datum: tt.mm.jj). Kantonale Feiertage sind nicht zu berücksichtigen.

Aufgabe 5.1 (2 Punkte)

Die Ausgleichskasse hat einen Einspracheentscheid am Dienstag, 26. März 2019, eingeschrieben versandt. Die betroffene Person hat diesen am Mittwoch, 27. März 2019, in Empfang genommen.

Aufgabe 5.2 (2 Punkte)

Die Verfügung der Militärversicherung wird am 22. Juli 2019 zugestellt.

Aufgabe 5.3 (2 Punkte)

Rechtzeitig hat eine versicherte Person ihre Einsprache aus Versehen bei der AHV-Ausgleichskasse statt bei der Arbeitslosenversicherung eingereicht. Gilt diese Frist als gewahrt? Nennen Sie die entsprechende(n) Rechtsgrundlage(n) mit Gesetz, Artikel und Absatz.

Lösungsvorschläge

5.1 13. Mai 2019

5.2 16. September 2019

5.3 Ja (1) 39 Abs. 2 ATSG (1)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 6: Grundsatz der Rechtsgleichheit (3 Punkte)**Ausgangslage**

In der Bundesverfassung ist der Grundsatz der Rechtsgleichheit verankert. Albert Neukomm ist nicht bereit, die Ungleichheit beim AHV-Rentenalter zwischen Mann und Frau zu akzeptieren. Er reicht beim Sozialversicherungsgericht Beschwerde gegen die einschlägige Bestimmung im AHVG ein.

Aufgabe

Wie wird der Entschied des Gerichts ausfallen?

Begründen Sie Ihre Antwort unter Anführung der entsprechenden Rechtsgrundlage(n).

Lösungsvorschlag

Nichteintreten oder Abweisung (1), da Gerichte Bundesgesetze nicht auf ihre Verfassungsmässigkeit überprüfen dürfen (1); 190 BV (1)

Erzielte Punkte:

--

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 7: Grundsatz von Treu und Glauben (5 Punkte)**Ausgangslage**

Der in der Bundesverfassung verankerte Grundsatz des Handelns nach Treu und Glauben richtet sich nicht nur an den Staat, sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger. Roland Fischer bezieht Ergänzungsleistungen. Seine Tätigkeit als Taxichauffeur hat er gegenüber der EL-Durchführungsstelle verschwiegen. Durch einen Hinweis einer Drittperson hat diese von seiner Tätigkeit erfahren und die EL neu berechnet. Verfügungsweise ist er zu einer Rückforderung von CHF 25'000.00 verpflichtet worden. Diese Verfügung ist in Rechtskraft erwachsen. Er beabsichtigt ein Erlassgesuch einzureichen.

Aufgabe 7.1 (2 Punkte)

Welche formellen Vorschriften hat er beim Erlassgesuch einzuhalten? Nennen Sie deren vier.

Aufgabe 7.2 (3 Punkte)

Wie entscheiden Sie als verantwortliche Person der Durchführungsstelle?

Begründen Sie Ihren Entscheid unter Nennung der entsprechenden Rechtsgrundlage(n) mit Artikel und Absatz.

Lösungsvorschläge

- 7.1 schriftliches Gesuch (1/2) mit Begründung (1/2) und Belegen (1/2) innert 30 Tagen nach Rechtskraft der Rückforderungsverfügung (1/2)
- 7.2 Abweisung des Gesuchs (1), da der gute Glaube nicht gegeben ist (1). 25 Abs 1 ATSG (1/2) und 4 Abs. 1 ATSV (1/2)

Erzielte Punkte:

--

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 8: ATSG (4 Punkte)**Ausgangslage**

In den jeweiligen Sozialversicherungsgesetzen gibt es zu verschiedenen Bestimmungen im ATSG Abweichungen.

Aufgabe 8.1 (1 Punkt)

Nennen Sie den Artikel, welcher das Verhältnis zwischen ATSG und den übrigen Sozialversicherungen regelt.

Aufgabe 8.2 (1 Punkt)

Wo sind die Abweichungen und Ausnahmen vom ATSG geregelt?

Aufgabe 8.3 (2 Punkte)

Nennen Sie zwei Artikel des IVG, welche Abweichungen und/oder Ausnahmen beinhalten.

Lösungsvorschläge

- 8.1 2 ATSG (1)
- 8.2 In den entsprechenden Einzelgesetzen/Spezialgesetzen (1)
- 8.2 58 IVG (1); 69 IVG (1), es gibt noch weitere Ausnahmen

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 9: Kürzung und Verweigerung von Leistungen (6 Punkte)**Ausgangslage**

Bei gewissen Konstellationen kommt es zu Kürzung, Verweigerung oder vorübergehender Einstellung von Leistungen. Xaver Rietmann ist verheiratet und hat drei schulpflichtige Kinder. Eines Abends fährt er mit seinem Personenwagen seine Ehegattin in der Absicht, diese zu töten, mit voller Wucht an. Die Gattin stirbt an den Folgen des Zusammenstosses.

Aufgabe 9.1 (3 Punkte)

Wird die Ausgleichskasse Xaver Rietmann eine Witwerrente ausrichten? Begründen Sie Ihre Antwort unter Angabe der entsprechenden Rechtsgrundlage mit Gesetz, Artikel und Absatz.

Aufgabe 9.2 (3 Punkte)

Wird die Ausgleichskasse den hinterbliebenen Kindern Waisenrenten ausrichten? Begründen Sie Ihre Antwort unter Angabe der entsprechenden Rechtsgrundlage mit Gesetz, Artikel und Absatz.

Lösungsvorschläge

- 9.1 Nein (1), der Versicherungsfall wurde vom Ehemann bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens herbeigeführt (1). 21 Abs. 1 ATSG (1)
- 9.2 Ja (1), die Kinder haben den Versicherungsfall nicht herbeigeführt (1). 21 Abs. 2 ATSG (1)

Erzielte Punkte:

--

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 10 Rechtskraft von Verfügungen (4 Punkte)**Ausgangslage**

Verfügungen treten nach Ablauf der Rechtsmittelfrist in Rechtskraft. In bestimmten Fällen kann eine Verfügung trotzdem geändert werden.

Aufgabe

Beantworten Sie im nachstehenden Fall folgende Fragen:

Ida Rüttimann hat seit fünf Jahren Anspruch auf eine IV-Rente. Die entsprechende Verfügung erging am 13. Mai 2016. Ein Nachbar meldete nun der IV-Stelle, dass die Versicherte seit Jahren einer Erwerbstätigkeit nachgehe. Der Verdacht bestätigte sich.

Frage 10.1 (3 Punkt)

Darf die IV-Stelle die Rente rückwirkend aufheben, obwohl die Verfügung längstens in Rechtskraft erwachsen ist? Begründen Sie Ihren Entscheid.

Frage 10.2 (1 Punkt)

Wie lautet der Fachausdruck für diesen Prozess?

Lösungsvorschlag

10.1 Ja (1)

Die IV-Stelle muss auf die Verfügung zurückkommen (1), da erhebliche Tatsachen entdeckt worden sind, deren Vorbringung vorher nicht möglich war (1)

10.2 Prozessuale Revision (1)

Erzielte Punkte: